

**XIX. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 27. Beiratssitzung am 21. November 2017**  
**Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen**  
**Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:30 Uhr**

Anwesend waren  
die Damen und Herren Beiratsmitglieder  
S. Besecke, R. Hennig, M. Pacaci, R. Kurpjuhn, R. Serin-  
M. Hornhues, B. Hornhues, M. Freihorst, Herr Eckert-  
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt -  
R. Tegtmeier –  
T. Koschnick –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum  
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:  
Frau Weiß, Amt für Soziale Dienste  
Frau Grohnert, Arbeiterwohlfahrt  
Frau Kreuzer, Vertretung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport  
Herr Reetz, Innere Mission  
Frau Bauer, Innere Mission  
Herr Lindemann, Leiter Polizeirevier Lesum

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die Sitzung.

Er weist auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls hin. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 10.11.2017 verschickt.

Änderungen zur Tagesordnung:

TOP 1 wird abgesetzt, da krankheitsbedingt das Protokoll nicht fertig gestellt werden konnte. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion „Renovierungs- und Umbaumaßnahmen an der Schule an der Landskronastraße“ vor. Herr Besecke begründet die Dringlichkeit.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat stellt die Dringlichkeit fest.*

Somit wird TOP 7 zu „Anträge“ (7.1 CDU-Antrag, 7.2 SPD-Antrag)

*Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

## **TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 17.10.2017**

abgesetzt

## **TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen**

- 2.1:** **Herr XX** beantragt die Erstellung eines Fußwegplanes, der Auskunft über die Zuständigkeit, den Zustand, der Barrierefreiheit und Fußwege, die auch für andere Verkehrsteilnehmer erlaubt sind.
- 2.2:** **Herr XX** stellt fest, dass sich der Beirat noch nicht zur Einrichtung in der Käthe-Kollwitz-Straße geäußert hat und erwartet, dass der Beirat sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem Thema befasst und die Einrichtung ablehnt.

## **TOP 3: Mittelvergabe für die offene Jugendarbeit in Burglesum für 2018**

**Herr Boehlke** begrüßt Frau Weiß vom Amt für Soziale Dienste und Frau Grohnert von der AWO Bremen.

**Herr Boehlke** skizziert den bisherigen Verlauf: Es erfolgte eine Beratung der Anträge im Controllingausschuss am 20.10.2017. Der Controllingausschuss hat sich dem Vorschlag vom Amt für Soziale Dienste nicht angeschlossen. Die Begründung hierfür ist die seit langen Jahren bekannte defizitäre Ausstattung der Kinder- und Jugendförderung Burglesum, die Kürzung von 9,2 Stunden im Freizeitheim Burglesum und die personelle Ausstattung im Ups-Haus mit nicht einmal einer ganzen hauptamtlichen Kraft.

Der Beirat ist einhellig der Meinung, dass alle drei Einrichtungen weiterhin benötigt werden. Die Haushaltsanträge des Beirates für eine bessere Ausfinanzierung der offenen Jugendarbeit waren bislang ebenfalls erfolglos.

Für die Mittelvergabe ist die Zustimmung des Beirates gemäß § 10, Absatz 2 Nr. 1 erforderlich.

**Frau Weiß und Frau Grohnert** schildern die finanzielle Situation (s. Anlage 1).

Während für 2017 rund 466.200,00 Euro zur Verfügung standen, werden es 2018 nur noch 451.321,73 Euro sein. Für das Jugendfreizeitheim Burglesum stehen nach Ausscheiden des bisherigen Sozialpädagogen nur noch 44.000,00 Euro zur Verfügung. Die Nachbesetzung kann somit nur noch mit 30 Stunden erfolgen.

Die Instandhaltungsgelder sollen bei allen drei Häusern um 6.393,17 Euro gekürzt werden. Das Integrationsbudget soll über Projekte einfließen. zu lassen.

**Frau Grohnert** bestätigt das knappe Budget. Für das UPS-Haus in Marßel steht nur eine eine halbe Personalstelle und Übungsleiter zur Verfügung. Die Jugendeinrichtungen sind zur Zeit in einem schlechten Zustand. 2018 können noch alle drei Einrichtungen in Burglesum finanziert werden. Im Raum steht allerdings nach wie vor die Schließung einer der drei Einrichtungen ab 2019.

**Herr Boehlke** betont, dass der Beirat immer wieder unterstreicht, dass im Bereich der Jugendarbeit nicht gekürzt werden darf. Auch die Finanzierung von Projekten durch den Kinder- und Jugendbeirat kann keine Lösung sein.

**Herr Hennig** fragt, ob es bei den Verantwortlichen nicht ankommt, dass alles teurer wird. Die Jugendlichen sind unsere Zukunft, und daran wird gespart. Für ihn ist das ein Armutszeugnis.

**Frau Hornhues** erinnert daran, dass die Finanzen für den Bereich schon immer sehr knapp gewesen sind und nun das Thema eine Brisanz hat, die „unter den Nägeln“ brennt.

Die Jugendlichen gehen uns verloren, gehen auf die Straße und machen im schlechtesten Fall „dummes Zeug“. Der Senat muss wissen, dass sie dann viel mehr kosten.

**Aus dem Publikum** berichten Jugendliche über ihre Zeit in den Jugendeinrichtungen. Das Personal in den Einrichtungen zeigt ihnen, was sie in der Schule oder zu Hause nicht lernen.

**Ein Sozialpädagoge** berichtet, dass es anfangs vier Vollzeitstellen und Honorarkräfte im Jugendfreizeitheim Burglesum gegeben hat. Nun sind es nur noch zweieinhalb Stellen und wenige Übungsleiter. Die Häuser werden an sieben Tagen die Woche genutzt.

**Herr Koschnick** bemerkt, dass, wenn auf einen Kilometer Fahrradpremiumroute verzichtet werden würde, für zehn Jahre Personalkosten in einer Jugendeinrichtung vorhanden wären.

#### **Beschluss: einstimmig**

*Der Beirat Burglesum lehnt die vorgeschlagene Mittelvergabe des Amtes für Soziale Dienste für die offene Jugendarbeit in Burglesum für 2018 ab. Ausschlaggebend hierfür sind vor allem folgende Aspekte:*

- *Die seit langen Jahren bekannte defizitäre Ausstattung der Kinder- und Jugendförderung in Burglesum.*
- *Die Kürzung von 9,2 Stunden im Jugendzentrum Burglesum.*
- *Die Ausstattung im Jugendclub Ups mit nicht einmal einer ganzen hauptamtlichen Kraft.*

*Die erforderliche Zustimmung des Beirates gemäß § 10 (2) Nr. 1 OBG liegt demnach nicht vor. Der Beirat stellt ferner das Fehlen eines erforderlichen Einvernehmens nach § 11 (1) OBG fest. Entsprechend ist der Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der Beiratssitzung am 12.12.2017 zu setzen.*

*Der Beirat behält sich vor, über den Beratungsgegenstand gemäß § 11 (3) OBG die Stadtbürgerschaft entscheiden zu lassen bzw. eine Beratung nach § 11 (4) OBG in der Stadtbürgerschaft zu beantragen.*

#### **TOP 4: Vorstellung des Übergangwohnheimes „Am Rastplatz“**

**Herr Boehlke** begrüßt Frau Kreuzer von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Herrn Reetz und Frau Bauer von der Inneren Mission.

**Herr Boehlke** erläutert, dass nach einer sehr langen Bauzeit das Übergangwohnheim kurz vor der Übernahme und dem Bezug steht. Analog zu anderen Vorhaben in dem Stadtteil soll der Beirat heute über das Konzept der Einrichtung von Frau Kreuzer und Herrn Reetz informiert werden.

**Frau Kreuzer und Herr Reetz** stellen mittels Präsentation den aktuellen Sachstand vor (s. Anlage 2 und 3).

**Frau Kreuzer** berichtet über zurückgegangene Flüchtlingszahlen und teilt mit, dass momentan Familiennachzüge in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber und Flüchtlinge im Lande Bremen (ZASt) ankommen. Im Frühjahr wurden in Bremen die letzten

Notunterkünfte geschlossen. Plätze wurden bereits reduziert. Doch es ist wichtig, Qualität bei den Unterkünften zu schaffen sowie den Leerstand von Immobilien, die von Dritten angemietet wurden, aus wirtschaftlichen Aspekten zu vermeiden. Es werden nach wie vor Unterkünfte benötigt, sowohl Apartments für ein bis zwei Personen sowie Wohnungen für vier bis sechs Personen. Das Übergangwohnheim am Rastplatz ist für 330 Plätze genehmigt worden und wird jetzt mit 270 Plätzen belegt.

Die Anlage in Holzrahmenbauweise hat eine Genehmigung für fünf Jahre ab Nutzung der Unterkunft. Der Bezug ist für Januar 2018 geplant.

Vorgesehen ist ein Angebot von Sprachkursen und Kinderbetreuung

**Herr Reetz** teilt dem Beirat mit, dass die Innere Mission sich freut, dass sie den Zuschlag für die Betreuung des Heimes erhalten hat. Bisher hat die Innere Mission in der Einrichtung Gottlieb - Daimler-Straße sehr gute Erfahrungen gemacht. Probleme sollten stets zeitnah angesprochen werden.

**Herr Reetz** schildert, dass die Einrichtung in den ersten neun bis zwölf Monaten als stationäre Einrichtung betrieben wird, hier ist mehr Personal vor Ort. Es handelt sich um 6,25 qualifizierte Vollbeschäftigte. Bei der nachfolgenden ambulanten Betreuung sind es nur noch 3,25 Vollbeschäftigte. Die Bewohner werden eingebunden durch einen Bewohnerbeirat und Hausforen etc.

Ziel ist u.a. die Vermittlung der deutschen Kultur. Die Bewohner erhalten Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und tägliche Dingen wie den Besuch von Ärzten, Kindertagesstätte und Schule.

Die Jugendzentren sieht **Herr Reetz** als wichtigen Bestandteil für die Integration. Freizeitaktivitäten und das Knüpfen sozialer Kontakte sowie die Wohnraumsuche werden begleitet. Geplant ist ein regelmäßiger Runder Tisch sowie ein Tag der offenen Tür. Auch Sommerfeste mit den Nachbarn sind geplant.

**Herr Hornhues** findet, dass es sich nach einem vernünftigen, guten, breit angelegten Konzept anhört. Er möchte wissen, wie lange die Menschen im Übergangwohnheim bleiben und was nach den 5 Jahren vom Sozialressort geplant ist.

**Frau Kreuzer** teilt mit, dass die Flüchtlinge von der Erstaufnahmestelle kommen. Wie lange es dauert, bis sie eine Wohnung gefunden haben, kann sie nicht beantworten. Die Baugenehmigung ist für fünf Jahre erteilt, danach könnte, wenn es der Bebauungsplan zulässt, Wohnen zugelassen werden. Das Sozialressort müsste das sonst Haus auf eigene Kosten zurückbauen. Kostenneutral kann nicht zurückgebaut werden.

**Herr Hennig** geht davon aus, dass sich an der derzeit bestehenden Wohnungsnot so bald nichts ändern wird.

**Frau Punkenburg** fragt, ob bei den Bewohnern auf die Nationalität geachtet wird, ob es „zusammen passt“. Frau Kreuzer verneint das, da die Geflüchteten in der deutschen Gesellschaft auch mit verschiedenen Kulturen und Lebensweisen in Kontakt kommen und sich arrangieren müssen und das zum alltäglichen Leben dazu gehört.

Wortmeldungen aus dem Publikum:

**Herr X.** fragt ob gewährleistet ist, dass nur registrierte Flüchtlinge untergebracht werden. Was ist, wenn die Bewohner keinen eigenen Wohnraum finden, müssen sie das Wohnheim dann irgendwann verlassen oder bleiben sie.

**Herr X.** kritisiert, dass es bei dem Bau doch wohl erhebliche Kostensteigerungen gegeben hat und der Bau chaotisch durchgeführt wurde. Es sollen so viele Menschen dort untergebracht werden, wo sollen diese sich aufhalten. Er fragt, ob für das Gelände eine Einzäunung vorgesehen ist und wie teuer das Projekt tatsächlich geworden ist.

**Frau Hornhues** bemerkt, dass die Bewohner nicht kaserniert werden sollen.

**Frau X.** möchte wissen, ob gewährleistet ist, dass immer Personal vor Ort ist anwesend ist. Wie die Betreuerzahl von 6,5 Personen zu verstehen ist, da es auch Urlaub, Krankheit, Freizeit etc. gibt und dann keine Betreuung rund um die Uhr möglich ist.

**Herr Reetz** erläutert, dass es einen festen Betreuungsschlüssel gibt, der gewährleistet, dass immer jemand vor Ort ist. Die Betreuungszeit ist von 9:00 Uhr – 16:00 Uhr, dann ist ein Sicherheitsdienst vor Ort.

Die Bewohner können sich auch im Park des Adelenstift aufhalten und dort Gärten anlegen.

**Aus dem Publikum** äußeren einige Personen Empörung über die Betreuungszeiten und es wird bemerkt, dass man das auch gerne hätte, im Park einen Garten anzulegen.

**Frau Kreuzer** versichert, dass es in den Einrichtungen keine unregistrierten Flüchtlinge gibt, alle werden mit Foto und Fingerabdrücken registriert. Es ist selten, dass Familien lange in den Wohnheimen bleiben, außer es handelt sich um Großfamilien, die auf dem Wohnungsmarkt keine Chance haben.

Es gibt einen Rechtsstreit zwischen der Baufirma und der Stadt Bremen, daher kann sie nichts über die Kosten sagen. Zum Thema „Zaun“ stellt sie fest, dass es sich nicht um einen Hochsicherheitstrakt handelt. Es wird sicher kein zwei Meter hoher Zaun angelegt, und eine Beleuchtung erfolgt wie vorgeschrieben.

**Herr Lindemann** teilt den Anwesenden mit, dass die Polizei ständigen Kontakt mit den Beteiligten vor Ort haben wird, auch mit dem geplanten Sicherheitsdienst. Aus Sicht der Polizei ist das Wohnheim ein „tolles Objekt“. Rund um die Baustelle Am Rastplatz hat es keine Sicherheitsprobleme gegeben.

**Frau X.** fragt nochmals nach den Betreuungsschlüssel. **Herr Boehlke** merkt an, dass es sich um Erwachsene eigenständige Bewohner handelt, die keiner ständigen Betreuung bedürfen.

**Herr X.** sagt, dass die Anwohner mit dem Bau keine guten Erfahrungen gemacht haben und vieles nicht gut gelaufen ist, er beklagt Sicherheitsmängel, fehlenden Lärmschutz und nächtliche Belästigung durch Flutlicht auf der Baustelle. Er interessiert sich für das genaue Sicherheitskonzept und möchte genaue Ansprechpartner haben. Er fragt nochmals, ob ein Zaun errichtet wird.

**Frau Hornhues** merkt an, dass es sich um Flüchtlinge und nicht um Kriminelle handelt. Es würde über das Sicherheitskonzept diskutiert werden, dabei meine Herr X. aber nicht das Konzept zum Schutz der Geflüchteten, sondern der Schutz der Anwohner.

**Frau Hornhues** möchte, dass Herr Boehlke die Diskussion beendet.

**Frau X.** merkt an, dass man sich nicht abgrenzen möchte, sondern wünscht sich einen Lärmschutz. Sie wären immer für ein Dorf gewesen und findet es eine Unverschämtheit von Frau Hornhues wie mit den Anwohnern umgegangen wird. Das hätte sie niemals für möglich gehalten, dass man so in die falsche Ecke gestellt wird.

**Herr Hornhues** fordert die Beendigung der Diskussion.

**Herr Boehlke** erläutert, dass Lärmschutz bei jedem Bauantrag abgefragt wird und auch hier die Notwendigkeit geprüft wurde.

**Herr Reetz** lädt die Anwohner herzlich ein, wenn sie das Übergangsheim besuchen. Wenn sie die Bewohner kennen lernen würden sie sicherlich anders über die Geflüchteten denken.

**Herr X.** aus dem Publikum hält das für Polemik und fragt, was man ihm eigentlich unterstellt.

**Frau Kreuzer** bietet an, eine Zeichnung zu übersenden, auf der man erkennen kann, wo der Zaun errichtet wird.

**Herr Hornhues** beantragt nach der Geschäftsordnung des Beirates die Beendigung der Diskussion, weil das Thema schon oft diskutiert wurde und im Vorfeld mehrfach mit den Anwohnern gesprochen wurde. Hier werden nun wieder Andeutungen gemacht, was der Beirat alles versäumt hat, daher beantragt er das Ende der Diskussion.

**Frau Schnaubelt** findet, dass alle Parteien angehört werden sollen, da Ängste und Sorgen nur beseitigt werden und Lösungsvorschläge nur entstehen können, wenn man neutral miteinander spricht.

**Beschluss:** (7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen):

*Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis. Die Diskussion wurde aufgrund eines Antrages zur Geschäftsordnung beendet.*

## **TOP 5: Vorstellung der Fahrrad-Premiumroute Bremer Norden -Innenstadt-Hemelingen (Bereich Burglesum)**

**Herr Boehlke** teilt dem Beirat mit, dass die Einladung dieses Mal mit dem expliziten Hinweis auf den § 7 (Informationsrechte des Beirates) erfolgte. Danach kann der Beirat auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder Vertreterinnen oder Vertreter der zuständigen Stellen oder Sachverständige in einer Beiratssitzung anhören. Die zuständigen Stellen sind zur Auskunft verpflichtet.

Allerdings ist auch dieses Mal kein Vertreter vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erschienen.

Nach kurzer Beratung verzichtet der Beirat auf eine Aussprache.

**Beschluss** (einstimmig)

*Der Beirat verzichtet auf eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt, da trotz Einladung kein Vertreter vom SUBV anwesend ist. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert zu erklären, weshalb er dem Informationsrecht des Beirates gem. § 7 OBG nicht nachgekommen ist.*

## **TOP 6: Bericht der Seniorenvertretung Bremen**

**Herr Boehlke** begrüßt Herrn Schmidtman und Herrn Sack. Durch den Beirat gewählte Vertreterinnen ist außerdem Frau Lürßen, Frau Müller-Lang ist ebenfalls Mitglied der Seniorenvertretung. Beide lassen sich für heute entschuldigen.

Der Bericht von Herrn Sack liegt schriftlich vor und wurde an die Beiratsmitglieder verteilt (s. Anlage 4).

**Herr Schmidtman und Herr Sack** berichten über ihre Arbeit in der Seniorenvertretung.

Zur Zeit wird das Wohn- und Betreuungsgesetz in Bremen geändert.

**Herr Sack** weist darauf hin dass die Voraussetzungen in den Heimen verändert werden müssen. Es ist wichtig, dass die Heimbeiräte, die Angehörigen und Bewohner gestärkt werden. Die Seniorenvertretung hat zu den Gesetzesänderungen Vorschläge eingebracht und diese an alle Parteien versandt. Leider hat die Politik kein Interesse gezeigt, bedauert Herr Sack.

**Herr Schmidtman** macht darauf aufmerksam, dass man die Verbesserung für sich selbst erreicht, denn jeder wird irgendwann zu den Senioren gehören. Die Seniorenvertretung vertritt über 180.000 Bremerinnen und Bremer, die über 60 Jahre alt sind und es werden immer mehr.

Pflege ist ein Aushandlungsprozess mit den Heimen, Betreuern, Lobbyisten und Heimbeiräten. Der Altersbericht der Bundesregierung empfiehlt, dass die Vertretungen besser „in die Fläche gehen“, so auch in die Beiratsgebiete,

Die Seniorenvertretung möchte bei der Novellierung des Beirätegesetzes den Jugendvertretungen gleichgestellt werden, das heißt, sie möchten neben dem Beirat und Kinder- und Jugendbeirat auch einen Seniorenbeirat etablieren.

Der Seniorenbeirat setzt sich auch für die sogenannte „aufsuchende Altenarbeit“ ein. Hierzu wird es in Kürze mehr Informationen geben.

*Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

## **TOP 7: Anträge**

### **7.1: „Errichtung eines Briefkastens im Lesum-Park“ (Antrag der CDU-Fraktion)**

Begründung: Das Gebiet des Lesum Parks im Bereich um die Charlotte-Wolff-Allee entwickelt sich zu einem schon jetzt belebten Quartier mit zum Teil noch in Bau befindlichen, teils fertiggestellten 200 Wohneinheiten, demnächst einer großen Senioreneinrichtung mit über 100 Plätzen, mehreren Praxen, einer Apotheke und einem Supermarkt und Car-Sharing Stationen. Die Frequenz in diesem Gebiet ist bereits heute sehr hoch. Ein Briefkasten in diesem Gebiet hätte eine große Attraktivität.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat fordert die Deutsche Post auf, einen Briefkasten im Lesum Park aufzustellen.*

## **7.2: „Renovierungs- und Umbaumaßnahmen an der Schule an der Landskronastraße“ (Antrag der SPD-Fraktion)**

Begründung: Die Schule an der Landskronastraße startet für den ersten 3-zügigen Jahrgang zum Schuljahr 2017/2018 aus der Halbtagschule in den gebundenen Ganztagsbetrieb.

In der Entwicklung zum Ganztagsbetrieb ist davon auszugehen, dass eine Neuordnung der Raumorganisation notwendig ist, um einen zeitgemäßen Unterricht in der gewählten Form des Ganztagsbetriebs umsetzen zu können. Zurzeit fehlen Differenzierungsräume, Selbstlernflächen, Fachräume, eine Mensa und Verwaltungsräume einschließlich der Arbeitsplätze für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bei der Entwicklung zum Ganztagsbetrieb geht es auch darum, einen bestehenden Schulstandort an die geänderten Erfordernisse eines modernen und zukunftsfähigen Ganztagschulstandortes anzupassen. Die Grundschulen in Bremen wurden zum überwiegenden Teil für andere pädagogische Konzepte erbaut, und viele Teile der Gebäude leiden unter Altersverschleiß.

Um den Schulbetrieb an der Schule an der Landskronastraße aufrecht zu erhalten ist es notwendig, dass der mittlere Pavillon sofort renoviert, umgebaut und angepasst wird für den Ganztagsbetrieb. Dringend erforderlich ist ein guter Schallschutz und ein Austausch der Bodenbelege wegen Verschleiß, damit überhaupt der Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann. Vor etwa einem Jahr hat die Abteilung „Arbeitsschutz“ durch Messungen festgestellt, dass das Lärmniveau im Pavillon weit über den zulässigen Werten liegt.

Es wäre sinnvoll, dass diese Renovierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Anpassung der Gebäude an den Ganztagsbetrieb geschehen.

### **Beschluss: (einstimmig)**

*Der Beirat Burglesum fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, die Renovierungs- und Umbaumaßnahmen an der Schule an der Landskronastraße mit hoher Priorität einzustufen und Immobilien Bremen zu beauftragen, die Arbeiten im Schuljahr 2017/2018 durchzuführen, damit der Schulbetrieb im Schuljahr 2018/2019 - wenn der zweite Jahrgang im Ganztagsbetrieb anfängt - reibungsfrei anfangen kann.*

*Die Vertretung aus dem Hause der Senatorin für Kinder und Bildung wird darum gebeten, in der außerordentlichen Sitzung des Beirates Burglesum am 28. November 2017 hierzu detailliert zu informieren.*

## **TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

**8.1:** Antwortschreiben von der Entsorgung Kommunal zur Recycling-Station Steindamm: Die Recyclingstation wird auch ab den 1.7.2018 den Bremen-Norder Bürgern wie gewohnt mit gleichem Angebot und Öffnungszeiten zur Verfügung stehen. Der Tausch von Gefäßen war und ist auch zukünftig nicht an diesem Standort möglich. Eine Annahme von Sperrmüll ist nicht vorgesehen.

**8.2:** Helsingborger Platz, Verbesserung der Beleuchtung  
Die Entwurfsplanung ist fertig und das Material bestellt. Wenn es das Wetter zulässt, werden die Arbeiten im Februar 2018 beginnen.

**8.3:** Planänderung im wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren „Sandentnahme Sportparksee Grambke“. Die öffentliche Auslegung erfolgt vom 20.11.2017 bis 19.12.2017 im Ortsamt Burglesum.



**8.4:** Terminankündigung: Es findet eine außerordentliche Beiratssitzung am 28.11.2017 um 19:00 Uhr statt.

**TOP 9: Mitteilungen des Beiratssprechers**

**Herr Hornhues** möchte zur Käthe-Kollwitz-Straße vergegenwärtigen, dass es ein abgestimmtes Verfahren gibt. Die Sozialbehörde veranstaltet einen Runden Tisch mit Bürgern und Ortsamt. Der Beirat erwartet, dass die zuständige Behörde im Rahmen einer der nächsten Beiratssitzungen über die neuen Fakten und Ergebnisse (wie z.B. Bausubstanz) informiert wird. Der Beirat wird sich erst dann positionieren.

**TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

**Frau Schnaubelt** regt an, dass für den Sitzungsraum zusätzlich 10-20 Klappstühle angeschafft werden.

Ende der Sitzung 21:35 Uhr.

*gez. Boehlke*  
**Vorsitzender**

*gez. Hornhues*  
**Sprecher des Beirates**

*gez. Tietjen*  
**Protokoll**